Antrag 85/II/2023
KDV Friedrichshain-Kreuzberg
Der Landesparteitag möge beschließen:

Sprachliche Gleichstellung aller Geschlechter in Berlin

Die SPD Berlin setzt sich aktiv dafür ein, dass in jeglicher Kommunikation der Berliner Verwaltung Frauen, Männer sowie nicht-binäre Personen gleichberechtigt genannt werden. Die Gemeinsame Geschäftsordnung für die Berliner Verwaltung I § 2 Abs. 2 wird um nicht-binäre Personen ergänzt. Die Regeln der sprachlichen Gleichstellung gelten für die gesamte Berliner Verwaltung. Hiervon ist auch der Regierende Bürgermeister Kai Wegner nicht ausgenommen.

Begründung

Sprache schafft Realität. Nur was sprachlich stattfindet, existiert in den Köpfen der Menschen. Nur wo Frauen und Männer gleichberechtigt genannt werden, werden beide gleichberechtig wahrgenommen. Dies haben zahlreiche Studien bereits belegt. Vor diesem Hintergrund hat sich der Berliner Senat qua Geschäftsordnung dazu verpflichtet, Männer und Frauen sprachlich gleichzustellen. Dazu gehört ein ausführlicher Leitfaden, der konkrete sprachliche Formulierungen vorsieht.

Wir fordern außerdem die Gleichberechtigung nicht-binärer Personen. Eine Voraussetzung dafür ist auch die gleichberechtigte Wahrnehmung in der Gesellschaft und Nennung in unserer Sprache.

Eine gleichberechtige Gesellschaft ist Kernanliegen der Sozialdemokratie. Vor diesem Hintergrund fordern wir, dass alle Mitglieder der Berliner Verwaltung, inklusive des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Kai Wegner, sich an die Regeln der sprachlichen Gleichstellung von Frauen, Männern sowie nicht-binären Personen halten. Einen Rückschritt dulden wird nicht.

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Die SPD Berlin setzt sich aktiv dafür ein, dass in jeglicher Kommunikation der Berliner Verwaltung Frauen, Männer sowie nicht-binäre Personen gleichberechtigt genannt werden. Die Gemeinsame Geschäftsordnung für die Berliner Verwaltung I § 2 Abs. 2 wird um nicht-binäre Personen ergänzt. Die Regeln der sprachlichen Gleichstellung gelten für die gesamte Berliner Verwaltung.